Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 84 (1990)
Heft: 1

Rubrik: Zeichen der Zeit : Sozialismus am Ende?

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Willy Spieler

Zeichen der Zeit
Sozialismus am Ende?

Die Ereignisse in den sozialistischen Staaten Osteuropas überstürzen sich. Die Ungleichzeitigkeit von Demokratisierung auf der einen Seite und autoritärer Verkrustung auf der andern Seite[1] ist einer neuen Emanzipationsdynamik der «Zurückgebliebenen» gewichen. Die DRR, die Tschechoslowakei und Bulgarien haben ihre demokratische Revolution nachvollzogen, beeindrukkend diszipliniert, phantasievoll und gewaltfrei. Sie sind im Begriff, Polen und Ungarn, die beiden bisherigen «Schrittmacher» im Demokratisierungsprozess, einzuholen, wenn nicht schon zu überholen. Die böhmische Revolution brauchte noch ganze drei Wochen von der ersten Grosskundgebung am 17. November in Prag bis zum Sturz des Husak-Regimes am 10. Dezember 1989. Der Funke zündete bis nach Rumänien, wo das Volk sich in den Weihnachtstagen nach einem blutigen, von der Armee unterstützten Aufstand des Ceausescu-Regimes entledigte.

Schon triumphieren die Apologeten des Kapitals, der Sozialismus sei bankrott, er müsse die Überlegenheit der «freien Marktwirtschaft» und der «liberalen Demokratie» anerkennen. Sie verkürzen die historische Entwicklung in den Oststaaten auf eine Kapitulation vor dem «westlichen Erfolgsmodell». Der stellvertretende Planungschef im US-Aussenministerium Francis Fukuyama kündigt gar das «Ende der Geschichte» an, da er den «Endpunkt der ideologischen Entwicklung der Menschheit und die Universalisierung der liberalen Demokratie des Westens als die endgültige Form der Regierung des Menschen»[2] für gekommen hält.

Versagt hat zweifellos das stalinistisch-breschnewistische Modell der autoritären Gesellschaftsführung und der Kommandowirtschaft. Hat damit der Sozialismus überhaupt versagt? Triumphiert der Kapitalismus zu Recht und end-gültig?

Überlegenheit der kapitalistischen Wirtschaft?

Michail Gorbatschow schreibt in seinem Buch «Perestroika», «der Erfolg» der sozialistischen Umgestaltung werde «das letzte Argument im historischen Streit sein, welches System den Interessen der Menschen besser diene». Ausdrücklich bezieht Gorbatschow die *Dritte Welt* in diese Fragestellung mit ein: «Der Erfolg der Perestroika wird den Entwicklungsländern helfen, Wege zur Durchführung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Modernisierung zu finden, ohne dass sie dabei Zugeständnisse an den Neokolonialismus machen müssen oder in die Fänge des Kapitalismus geraten.»[3] Noch ist die Frage nach dem besseren System in ihrer globalen Tragweite nicht entschieden. Noch verhungern täglich 40 000 Kinder im Schatten von «westlichem» Wohlstand und «westlicher» Freiheit. Noch verursacht die Abhängigkeit der meisten Drittweltstaaten von kapitalistischen Metropolen das Massenelend und die Ausplünderung der natürlichen Lebensgrundlagen dieser Länder. Fred Mahlburg, Pfarrer in Rostock, hat dafür das klärende Wort gefunden: «Nicht, dass der 'Sozialismus abgewirtschaftet' hat, ist doch die Krise unseres Erdkreises und unseres Landes, sondern dass der Kapitalismus wirtschaftet und es nicht gelungen ist, dazu eine gerechtere Alternative wirklich zu gestalten.»[4]

Nach dem sozialethischen Massstab der *Partizipation*, das heisst der Teilhabe an ökonomischen Gütern einerseits und der Teilnahme an ökonomischen Entscheidungen anderseits, hat der Kapitalismus wenig zu bieten. Das ist offenkundig für die Dritte Welt, gilt aber auch für die ökonomisch scheinbar gut funktionierenden Industriestaaten. Sie sind nicht einmal in der Lage, das Menschenrecht auf Arbeit zu garantie-

ren. Selbst in der heutigen Hochkonjunktur beträgt die offizielle Zahl der Arbeitslosen in den westlichen Ländern und in Japan 30 Millionen, die wirkliche Zahl dürfte sogar bei 40 Millionen liegen. Gemessen am sozialethischen Massstab der Partizipation ist selbst die Schweiz ein Entwicklungsland: Drei Prozent der Steuerpflichtigen verfügen über gleichviel Vermögen wie die übrigen 97 Prozent zusammen. Fast ein Zehntel unserer Bevölkerung lebt an der Armutsgrenze oder darunter. Sieben von zehn Schweizern sind Mieter. Und neun von zehn arbeiten für fremdes Kapital.

Was dem Kapitalismus vor allem fehlt, ist die Partizipation der arbeitenden Menschen an den *Entscheidungen in der Wirtschaft*. Der Kapitalismus ist noch weit entfernt von jener «partizipatorischen Gesellschaft», die der Ökumenische Rat der Kirchen seit 1979 fordert.[5] Auch die schweizerische Wirtschaftsordnung beruht noch immer auf dem Vorrang des Kapitals gegenüber der Arbeit statt auf dem sozialethisch umgekehrten «Prinzip des Vorranges der Arbeit gegenüber dem Kapital» oder «dem Prinzip des Menschen als des Subjektes der Arbeit und seiner wirksamen Teilnahme am ganzen Produktionsprozess»[6].

Der bisherige Sozialismus hat die Produktionsmittel nur verstaatlicht, statt die Verfügungsgewalt über sie an die arbeitenden Menschen selbst zu übertragen. Und eben darin liegt das Neue des Perestroika-Sozialismus, dass er nun endlich Politik und Wirtschaft demokratisch, partizipatorisch gestalten will. Die *Entstaatlichung des Sozialismus* muss eben nicht die Privatisierung sein, die sich die Apologeten des Kapitals als einzige Alternative vorstellen können. Die Soziallehre der katholischen Kirche hat ihnen einiges an konkreter Utopie voraus, indem sie die «Sozialisierung der Produktionsmittel (des Kapitals)» bejaht, wenn nicht einfach der Staat an die Stelle des privaten Eigentümers tritt, sondern wenn damit «der Subjektcharakter der Gesellschaft garantiert ist, das heisst, wenn jeder aufgrund der eigenen Arbeit den vollen Anspruch hat, sich zugleich als Miteigentümer der grossen Werkstätte zu betrachten, in der er gemeinsam mit allen anderen arbeitet»[7]. Es tönt wie ein Echo auf diese Sozialethik, wenn Gorbatschow sagt, «dass ein Mensch nur dann in seinem Haus Ordnung schaffen kann, wenn er sich dort als Hausherr fühlt»[8]. Darum sei «die Weiterentwicklung der Demokratie in der Produktion die wichtigste Richtung bei der Vertiefung und Erweiterung der sozialistischen Demokratie insgesamt»[9]. Mit Blick auf die «westlichen Gesellschaftsformen» meint Gorbatschow, er werde an ihren «demokratischen Charakter» erst dann «glauben, wenn Arbeiter und Angestellte im Westen die Besitzer von Fabriken und Betrieben und die Präsidenten der Banken selber wählen»[10].

Gemessen am sozialethischen Massstab der Partizipation gibt es weder den Triumph des Kapitalismus noch den Bankrott des Sozialismus. Im Gegenteil: Für den Kapitalismus wäre Partizipation gleichbedeutend mit seiner Überwindung. Für den Sozialismus dagegen wäre Partizipation nichts anderes als die Erfüllung des eigenen, freilich noch unabgegoltenen Anspruchs.

Sieg der «liberalen Demokratie»?

Dass Demokratie bislang nur bürgerlich, nur im Rahmen «freier Marktwirtschaft» funktionierte, ist nicht ein Verdienst des Kapitals, wohl aber ein Verdikt über den autoritären Sozialismus. Nach aller historischen Erfahrung duldet das Kapital die Demokratie nur solange, als sie seinen Interessen nicht in die Quere kommt. Das Kapital kann sich darum mit Faschismus gut vertragen, wie Chile von 1973 bis 1989, eines der vielen Beispiele für die lateinamerikanischen Zyklen zwischen formaler Demokratie und realer Diktatur, zeigt. Auf der andern Seite gibt es *keinen echten Sozialismus ohne Demokratie*, muss Demokratie darum auch für den Sozialismus in den Oststaaten weit mehr als eine Strategie zur Bewältigung seiner ökonomischen Krise sein. Dass es trotzdem so aussieht, als sei die Demokratie dem Sozialismus abgerungen worden, ist die Glaubwürdigkeitslücke, mit der Kommunistinnen und Kommunisten in diesen Staaten noch lange werden leben müssen.

Die *historische Wahrheit* ist dennoch komplizierter: Am Anfang der verhinderten Demokratie in der realsozialistischen Notstandsgesellschaft steht nicht nur der Stalinismus, sondern auch die massive Einmischung der kapitalistischen Welt seit der

Russischen Oktoberrevolution, später die Aggression des Faschismus im Zweiten Weltkrieg, die in der Sowjetunion 20 Millionen Tote hinterlassen hat, dann die militärische Einkreisung des sozialistischen Blocks durch die Nato-Strategie und weiter die psychologische Kriegführung vom «Roll-back» der Eisenhower-Ära bis zu Reagans Vernichtungswünschen gegen das «Reich des Bösen». Darum sollten wir den Demokratisierungsprozess in den Oststaaten auch noch anders beurteilen: nicht als Sieg des westlichen Erfolgsmodells, sondern, wenn schon als Sieg, dann als Sieg des real existierenden Sozialismus über seine Ängste und über sich selbst.

Am Anfang dieser Demokratisierung steht auch nicht das Modell der bürgerlichen Demokratie, sondern die sowjetische *Perestroika*. «Wir brauchen Demokratie wie die Luft zum Atmen», hat Michail Gorbatschow bereits am 27. Januar 1987 vor dem ZK der KPdSU gesagt.[11] So spricht der echte Sozialismus, der sich als Vollendung der Demokratie und nicht als deren Verhinderung, gar Vernichtung begreift. Es ist dieses – gemessen an den stalinistischen Strukturen – «neue» und zugleich – gemessen an den sozialistischen Utopien seit dem 18. Jahrhundert – alte Denken, das die Demokratisierung in nun fast allen Oststaaten ermöglicht hat. Damit soll der grossartige Kampf dieser Völker, insbesondere der DDR und der Tschechoslowakei, für eine friedliche Revolution keineswegs herabgemindert werden. Ohne diesen Kampf wäre die Demokratie nur geschenkt (wie in der BRD nach dem Krieg) und formal, ohne Leben. Aber ebenso klar muss festgestellt werden, dass es die Demokratisierung in den Oststaaten nicht gäbe, wenn nicht die Sowjetunion dazu den Anstoss gegeben hätte. Nach einer Aussage von Willy Brandt waren es auch sowjetische Offiziere in der DDR, die am 9. Oktober 1989 die Nationale Volksarmee daran gehindert haben, gegen die friedliche Grossdemonstration in Leipzig vorzugehen (NZZ, 14. Dezember 1989). Es wäre an der Zeit, dass die westlichen Medien, die vor allem die Ereignisse in der DDR seit der Öffnung der Berliner Mauer am 9. November im Stil von Frontberichterstattungen verfolgen, mit der Wahrheit etwas sorgfältiger umgingen.

Werden die neuen Demokratien in den Oststaaten sich auch als sozialistische begreifen? Es mag ja sein, dass viele Menschen dort das Wort «Sozialismus» so sehr mit Korruption bei den Herrschenden und Entfremdung bei sich selber verbinden, dass sie es nicht mehr hören können. Entscheidend ist nicht das Wort, entscheidend ist die Sache: Werden die arbeitenden Menschen in ihren Betrieben wie im Staat selber zum Rechten sehen? Wie zum Beispiel in Karl Marx-Stadt die Arbeiter des Barkas-Werks, das Volkswagen-Motoren fertigt. Dort fordert eine «Initiativgruppe Betriebsrat»: Wahl der Betriebsleitung und Vetorecht gegen «unzumutbare Entscheidungen» (Der Spiegel, 11. Dezember 1989). Oder werden die arbeitenden Menschen resignieren und es zulassen, dass ihre Betriebe und damit auch die neugewonnene politische Demokratie an fremdes Kapital verkauft werden? Denn das wäre die unausweichliche Konsequenz: Demokratie im Kapitalismus ist käuflich, durch Geldherrschaft leicht zu unterwandern und durch «Sachzwänge» fast beliebig manipulierbar. Die Oststaaten haben die historische Chance, die Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel, die schon sozialisiert sind, nun auch durch Formen der Mitbestimmung und Selbstverwaltung zu demokratisieren und damit das Fundament für eine *neue Qualität von Demokratie überhaupt* zu schaffen.

Wie die Demokratie so müsste auch der *Rechtsstaat* im Sozialismus erneuert werden. Staatliches Handeln ist an Gesetze zu binden, gerade wenn es demokratisch beschlossene und sozialistische Gesetze sind. Wie es «keine Wahrung des Rechts ohne Demokratie» gibt, schreibt Gorbatschow, «ebensowenig kann Demokratie Bestand haben und sich entwickeln ohne die Herrschaft der Gesetze, denn Gesetze sind dazu da, die Gesellschaft vor Machtmissbrauch zu schützen und die Rechte und Freiheiten der Bürger, ihrer Arbeitskollektive und Organisationen zu garantieren»[12]. Auch Gewaltenteilung ist ein Fortschritt der Rechtskultur, auf den der Sozialismus nicht verzichten darf. Montesquieu wurde eben wieder durch den Machtmissbrauch des gestürzten Ceausescu-Regimes bestätigt: «Es ist eine ewige Erfahrung, dass jeder

Mensch, der über Macht verfügt, dazu neigt, sie zu missbrauchen; er geht soweit, bis er an Grenzen stösst.»[13]

Gewaltenteilung müsste die Macht aber nicht nur im Staat beschränken, sondern *auch in der Wirtschaft*, die im Kapitalismus immer noch autokratisch, ohne demokratische Legitimation gelenkt wird. In Betrieben und Unternehmungen müsste die Mitbestimmung der Arbeitenden mit den Anwälten der bedrohten Natur und den Standortgemeinden die Leitung legitimieren und die Richtlinien der ökonomischen Entscheidungen festlegen. Gewaltenteilung müsste stattfinden zwischen den Betrieben und Unternehmungen einerseits und den planenden Organen auf der politischen Ebene anderseits. Eine Form von Gewaltenteilung *unter* den Betrieben und Unternehmungen wird gewiss der *Markt* sein. Aber dieser Markt muss geplant werden, da er sich sonst durch die Konzentration der Unternehmungen selbst wieder ausser Kraft setzt, wie das im real existierenden Kapitalismus der Fall ist. Geplant werden muss der Markt auch durch Rahmenbedingungen, die es seiner «unsichtbaren Hand» verwehren, Mensch und Natur auszubeuten. Das wäre die sozialistische Marktwirtschaft, die noch immer aussteht, nicht zuletzt wegen dem links wie rechts verbreiteten Irrtum, dass Marktwirtschaft nur zusammen mit Privateigentum an Produktionsmitteln funktionieren könne.

«Ende der Geschichte»?

Fukuyama zum Trotz stehen wir noch lange nicht am «Ende der Geschichte». Der Glaube an den Ewigkeitswert des Kapitalismus ist nicht neu, gehörte es doch stets zur bürgerlichen Ideologie, ihre Werte für end-gültig zu erklären. Nur wird sie genau an diesem «Endpunkt» zutiefst inhuman und unchristlich.

Das Ende der Geschichte wäre das *Ende jeder Humanität*, da es zum menschlichen Dasein gehört, im Horizont einer offenen Zukunft zu leben, und das heisst: zwischen Alternativen, auch zwischen alternativen Gesellschaftsentwürfen wählen zu können. Der Sozialismus bleibt eine derartige Alternative, zumal er als demokratischer, auch wirtschaftsdemokratischer Sozialismus noch gar nie verwirklicht oder auch nur versucht wurde.

Wer das Ende der Geschichte für gekommen hält, kann an das Neue nicht mehr glauben, auf das Bessere nicht mehr hoffen. Damit hätte auch das *Reich Gottes* aufgehört, eine Verheissung für diese Erde zu sein. Intoleranz gegen neue – oder vielleicht sehr alte, aber nie erprobte – sozialistische Entwürfe ist damit angesagt, der Manichäismus zwischen der eigenen Welt des absolut Guten und jeder alternativen Gesellschaft als der Welt des absolut Bösen nicht überwunden.

Zum «Ende der Geschichte» gehört nach Fukuyama auch der «leichte Zugang zu Videogeräten und Stereoanlagen». Besser könnte der Konservative aus dem State Department nicht zum Ausdruck bringen, dass nicht Sozialethik, sondern *kruder Materialismus* sein Massstab ist. Max Frisch würde von «Verblödung durch Ware», vom «Elend einer Kaufkraft ohne Grosse Hoffnung»[14] sprechen. Die Kehrseite dieses Konsumismus wäre die unbeantwortete Sinnfrage, die ständig steigende Zahl von Drogenabhängigen und Drogentoten.

Dass wir am *Ende einer Epoche* stehen, wer wollte es bezweifeln? Am Ende ist gewiss der Stalinismus. Nicht am Ende ist ebenso gewiss der demokratische Sozialismus. Es wäre auch nicht das erste Mal in der Geschichte, dass eine grosse Idee von Verzerrungen und Perversionen befreit werden müsste, ehe sie zum Tragen käme. So war es mit dem Christentum, auf dem die Hypothek des Konstantinischen Zeitalters mit millionenfachem Mord an «Ketzern» und «Hexen» lastet. So war es mit der Französischen Revolution, die hundert Jahre brauchte, bis die bürgerliche Demokratie verwirklicht wurde. So ist es auch mit dem Sozialismus, der durch den Archipel Gulag sowenig «widerlegt» wird wie die Botschaft des Rabbi von Nazareth durch die Inquisition oder die Französische Revolution durch die Guillotine.

Francis Fukuyama beruft sich für die These vom «Ende der Geschichte» auf seine (unausgegorene) Lektüre der Hegelschen Geschichtsphilosophie. Wie wäre es mit jenem andern Begriff, den Hegel *List der Vernunft* nannte? «List der Vernunft» könnte hinter dem Ende des «real existie-

renden Sozialismus» stehen, um dem demokratischen Sozialismus zu realer Existenz zu verhelfen. Wenn der kapitalistische Westen das kommunistische Feindbild verliert, kommt einiges ins Rutschen. Er kann den Nord-Süd-Konflikt nicht mehr nach antikommunistischem Raster beurteilen. Das bedeutet Emanzipation von Südafrika bis nach Zentralamerika. Auch für Nato und Rüstungsmilliarden entfällt die Begründung. Das bedeutet Befreiung von Militärausgaben, von Militär überhaupt. Das verlorene Feindbild macht eine neue Qualität der politischen Auseinandersetzung möglich, die linke und antimilitaristische Positionen nicht mehr in die staatsfeindliche Ecke drängen kann. Das bedeutet mehr Sensibilität bei der Wahrnehmung und Bekämpfung von menschenfeindlichen Ideologien und Hierarchien. Dieser Zusammenhang ist natürlich nicht mit einem Automatismus zu verwechseln, sondern vorerst nur eine Möglichkeit, eine reale freilich, mit der unsere Zeit schwanger geht. Hinzu kommen muss der subjektive Faktor, die neue Ethik und die neue Spiritualität, die in der Lage wären, diesem neuen Kairos gerecht zu werden. Die Zukunft ist offen. Sie hat jedenfalls mehr zu bieten als die ewige Wiederkehr des Kapitalismus.

1 Vgl. Zeichen der Zeit, in: NW 1989, S. 241f.
2 In der neokonservativen Zeitschrift «National Interest»; vgl. Roman Berger, Warum so hilflos?, in: TA, 2. Dezember 1989.
3 Michail Gorbatschow, Perestroika, München 1987, S. 166.
4 Fred Mahlburg, Noch einmal anfangen, in: NW 1989, S. 341.
5 Vgl. Nature, Mankind and God, Report of Section II of the Conference of Faith, Science, and the Future 1979, C 13.
6 Johannes-Paul II, Laborem exercens, Enzyklika vom 14 . September 1981, Nr. 12, 13.
7 A.a.O., Nr. 14
8 Die Rede (vor dem ZK der KPdSU am 17. Januar 1987), Hamburg 1987, S. 35.
9 A.a.O., S. 37.
10 Perestroika, S. 161.
11 Gorbatschow, Die Rede (Schlusswort), S. 90.
12 Perestroika, S. 132.
13 Vom Geist der Gesetze, Buch XI, Kap. IV.
14 Rede zur Verleihung des Heinrich-Heine-Preises, in: WoZ, 15. Dezember 1989.

AUS UNSEREN VEREINIGUNGEN

Grundsatzprogramm der Religiös-sozialistischen Vereinigung der Deutschschweiz

Im Vertrauen auf das verheissene Reich Gottes engagiert sich die Religiös-sozialistische Vereinigung der Deutschschweiz auf regionaler und internationaler Ebene für eine sozialistische Entwicklung der Gesellschaft, für Frieden und Abrüstung sowie für die Versöhnung von Ökologie und Ökonomie.

Wir religiösen Sozialisten und Sozialistinnen hoffen nicht nur auf einen «neuen Himmel», sondern arbeiten auch für eine «neue Erde, in der Gerechtigkeit wohnt» (2 Pt 3,13), wo «nicht Jude noch Grieche, nicht Sklave noch Freier, nicht Mann noch Frau ist» (Gal 3,28), wo die «Schwerter zu Pflugscharen» (Micha 4,3) umgeschmiedet und die natürlichen Lebensgrundlagen bewahrt (1 Mose, 2,15) werden. Auch wenn das Reich Gottes wesentlich Tat Gottes ist, sind wir Menschen dennoch berufen, seine Wegbereiter und Wegbereiterinnen (1 Kor. 3,9) zu werden. Das geht nicht ohne wissenschaftliche Analysen, nicht ohne Strategien der Veränderung und auch nicht ohne ethische Spiritualität.

Zur notwendigen Veränderung der Verhältnisse gehört beides: der Wandel der Strukturen und die Umkehr des einzelnen. Das Reich Gottes revolutioniert die gesellschaftlichen Ordnungen nicht weniger als die Gesinnung des Menschen. Systemveränderungen und neue Lebensstile müssen zusammen verwirklicht werden. Sie sind zwei Seiten ein und derselben «Sache Christi» (Leonhard Ragaz).

Zu den Reformen in Osteuropa

In Nr. 1/90 schreibt Willy Spieler in seinem informativen Artikel «Zeichen der Zeit: Sozialismus am Ende?», die Frage nach einem besseren System sei noch nicht entschieden. Nach den ereignisreichen Wochen und Monaten im Osten ist es von entscheidender Bedeutung, an Stelle des bankrotten marxistisch/kommunistischen Systems eine bessere Wirtschaftsordnung zu verwirklichen. Überall sucht man nach einem Dritten Weg, denn unsere kapitalistisch deformierte sogenannte Marktwirtschaft mit ihrem pervertierten Gewinnstreben möchte man nicht übernehmen. Zur Zeit ist die Gefahr aber gross, dass riesige westliche Darlehen, die natürlich verzinst werden müssen, die Oststaaten zu einer neuen «Dritten Welt», zu Zinssklaven des Westens werden lassen. Leider wird die Marktwirtschaft meist mit Kapitalismus gleichgesetzt. In Wirklichkeit setzen aber ein freier Markt und eine gerechte Wirtschaftsordnung die Überwindung des Kapitalismus ebenso voraus wie die östliche Funktionärs- und Planwirtschaft. Unser Kapitalismus mit seiner gewaltig wachsenden Vermögensdisparität (die Reichen werden weltweit reicher und die Armen ärmer) ist in ein gefährliches Stadium getreten.

Wenn nun im Osten nach Marktwirtschaft gerufen wird, so ist es notwendig, die Grundlage für eine gut funktionierende Marktwirtschaft zu untersuchen. Im freien Markt bestimmt der Konsument, was produziert wird. Bei grosser Nachfrage steigen die Preise, und die Produktion wird angeregt bis zur Sättigung des Marktes. Stillschweigende Voraussetzung für das Funktionieren dieses Marktmechanismus ist jedoch, dass das Angebot wirklich vermehrt werden kann. Dies ist möglich bei Nahrungsmitteln, Kleidern, Wohnungseinrichtungen, Fahrzeugen und vielem mehr. Alle diese Güter sind markttauglich.

Lebensgrundlagen, die zur Deckung der Grundbedürfnisse jedes Menschen notwendig, jedoch nicht vermehrbar sind, also nur in beschränkter Menge vorkommen, sind marktuntaugliche Güter. Sie geben dem Eigentümer Macht, die Macht, von den Habenichtsen eine Rente zu erpressen, sie auszubeuten. Solche Güter gehören nicht auf den freien Markt, sondern grundsätzlich in die besondere Obhut der Allgemeinheit. Luft, Licht, Wasser, Erde, Boden und Bodenschätze sind Monopolgüter und damit nicht markttauglich. Was jedoch der Mensch durch geistige und körperliche Arbeit, Phantasie und Initiative produziert, gehört ihm und muss daher Privateigentum sein. Diese Güter sind markttauglich und brauchen den freien Markt.

Zum Boden

Die Oststaaten sind in Bezug auf den Boden in einer beneidenswert komfortablen Lage, denn der Boden gehört gemäss marxistischer Doktrin grösstenteils der Öffentlichkeit. Dieser Boden sollte nun nicht in einer falsch verstandenen Reprivatisierungsmanie ins Eigentum von Privaten übergehen und wie im Westen zum Handels- und Spekulationsobjekt werden. Während das Eigentum an Boden in der Hand der Öffentlichkeit bleibt, ist die Nutzung zu privatisieren. Der Staat sollte also nichts mehr mit Bauten und Renovationen zu tun haben. Die Baurechts- oder Nutzungszinsen, sowie alle Mehrwerte an Boden fliessen hingegen in die Kassen der Öffentlichkeit.

Geldreform

Für das optimale Funktionieren des Marktes braucht es ein nicht-kapitalistisches Tauschmittel, ein neues Geld, das nicht gehortet werden kann, nicht streikt und dadurch keine Krisen mit Arbeitslosigkeit erzeugt; ein Geld, das nicht die Arbeitenden über den Zins zugunsten der Grossvermögen ausbeutet; ein Geld, das nicht die Entwicklung von Mammutgebilden und Multis fördert; ein Geld, das nicht über das Zins- und Zinseszinssystem den Wachstumszwang der Wirtschaft bis zum Kollaps bedingt. Deshalb ist das neue Geld mit einer Umlaufsicherung zu versehen. Michail Gorbatschow stellte in Peking fest: «Das Gleichgewicht der Marktwirtschaft hängt ab vom Geldumlauf.» Und 50 Moskauer Wissenschaftler haben in ihrem «Lehrbuch Politische Ökonomie» festgestellt: «Die Möglichkeit, Geld zurückzuhalten, ermöglicht, Krisen zu erzeugen.»

Willy Spieler hat sicher recht wenn er schreibt, es gebe keinen echten Sozialismus ohne Demokratie. Aber es gibt auch keine Demokratie mit unserem herrschenden, zinserpressenden Geld. Es genügt nicht, dem Kapitalismus oder dem Sozialismus ein menschliches Gesicht zu geben. Zum Beispiel durch Mitbestimmung. Wenn wir die Ausbeutung wirklich überwinden und eine menschengerechte Wirtschaft schaffen wollen, dann ist eine Geld- und Bodenreform unerlässlich.

Die Zinsfrage

Ein Geld mit Umlaufsicherung muss auf dem Kapitalmarkt auch bei sinkenden Zinsen ange-

boten werden. Dadurch wird der Zins gegen Null sinken. Tiefe Zinsen verbilligen alle Kredite und ermöglichen eine lebhafte, innerstaatliche Wirtschaftsentwicklung. In unseren Ausgaben sind heute durchschnittlich etwa ein Drittel Zinsaufwendungen, die in jedem Preis einkalkuliert sind. Tiefe Zinsen verhindern die automatische Akkumulation von immer grösseren Vermögen in den Händen weniger, und sie reduzieren den für unsere Umwelt gefährlichen Wachstumszwang unserer Wirtschaft auf ein normales, natürliches «Werden und Vergehen».

Es wäre jammerschade, wenn aus geistiger Trägheit die historische Chance der Umwandlungen im Ostblock verspielt würde, indem man die hier vorgestellten Reformvorschläge ignoriert. Diese stützen sich auf die Ideen von Silvio Gesell (1862–1930) und sein Hauptwerk «Die natürliche Wirtschaftsordnung».

Otto Haag

HINWEISE AUF BÜCHER

Helmut Thielen, *Landwirtschaft und Ökologie in Lateinamerika und Niacaragua.* Informationen, Analysen, Argumente. Taschenbuch, isp-Verlag, Postfach 11 10 17, D-6 Frankfurt, 1988. 115 Seiten, DM 15,80.

Helmut Thielen, *Nicaragua. Entwicklung der Agrarreform und Umweltpolitik seit 1979.* Forschungen zu Lateinamerika. Verlag Breitenbach, Saarbrücken 1988. 425 Seiten, DM 49,50.

Mit den letzten Kräften hat der Soziologe, Landschaftsplaner und Agrarwissenschaftler Helmut Thielen seine Nicaraguaforschung fünf Jahre lang verfolgt, alles eingesetzt und selbst als Bauarbeiter z.T. sein Geld zur Feldforschung verdient. Die Frucht ist ein Reichtum sowohl an Material als auch an frischen Ideen. Im Gegensatz zu Asien oder Afrika gibt es wenig über Ökologie in Lateinamerika zu lesen. Das liegt auch an dieser Verkrampftheit im theoretischen Bereich, die vielen engagierten Wissenschaftlern angekreidet werden muss. Da wird sehr viel und zu vage über Landreform geschrieben, über Produktionsbedingungen, -systeme, -methoden oder -kräfte – einfach über alle Köpfe hinweg, wenig Anschauliches und Konkretes, Bildhaftes und Geschichtliches. (In einer ganz anderen Welt scheinen die Bücher über den Tropenwald oder den Amazonas angesiedelt zu sein.) Und selbst aus Castros Kuba drang lange Zeit wenig über Schonung und Rücksicht gegenüber der Natur zu uns. Im Gegenteil, es ging um Produktionssteigerung, um der Welt zu zeigen, dass der Sozialismus fähig ist, ja zu was? Eben zum Produzieren! Wahrscheinlich können Machos (und von der Krankheit des «machismo» sind auf diesem Kontinent manche befallen) gar nicht zärtlich mit der Natur umgehen – selbst wenn sie Sozialisten werden.

Damit sind wir inmitten der komplexen Problematik. Frantz Fanon würde sich erneut fragen, ob es anders überhaupt möglich ist, nachdem Kapitalisten und Kolonialisten, Generäle und Grossgrundbesitzer, kopflastige Intellektuelle und entfremdete Wissenschaftler die Köpfe und Herzen aller leer gefegt und sie nach 400 Jahren – gerade auch im Widerstand – zu etwas Ähnlichem gemacht haben. In den Köpfen fehlen die Gegen-Welten, die Gedichte und Malereien von Künstlern.

Dennoch stellt Nicaragua eine Ausnahme in der Dritten Welt dar: Es hat Umweltschutz und ökologisch angepasste Ressourcennutzung «im politischen Willen der bestimmenden Kräfte und in entsprechenden Fachstellen verankert». Aufgrund der schwierigen Lage bleibt die Bilanz der Agrarpolitik in ihrem Verhältnis zur Umwelt «vielfältig» und «widersprüchlich» zugleich.

Wer interessiert ist, die Beziehungen zwischen Agrarreform und Umweltpolitik kennenzulernen, greife zu diesen beiden Büchern. Das Taschenbuch ist eine glänzende lektionenmässige Zusammenfassung in neun Kapiteln: Wie Agrarreform und Ökologie zusammengehen; wie Latifundien und «grüne Revolution» selbst die Kleinen an den Rand und damit zur Zerstörung drängen; was standortgerechte Landwirtschaft in diesem Kontext bedeutet; wie eine ökonomische Verelendung gleichzeitig eine ökologische Verarmung mit sich bringt; unter welch grausam erschwerten Bedingungen Umweltpolitik in Lateinamerika und besonders in Nicaragua praktiziert werden muss.

Leider – und dafür kann Thielen in unserem Wissenschaftssystem nichts angekreidet werden – sind erst Ökonomie und Ökologie miteinander vernetzt. Ich bin der festen Überzeugung, dass diese Aufgaben nicht allein von diesen zwei Fachbereichen grundgelegt und ausgeführt werden können. Die Menschen – und das heisst vor allem die Bauern – müssten viel konkreter und zündender abgeholt werden. Dazu könnten Religionen und Kirchen ihre Basisgemeinden in direkten Bezug setzen, Predigten und Andachten konkretisieren, Prozessionen und Flurbegehun-